



Positionspapier

**anlässlich der Mitgliederversammlung des Thüringer Handwerkstages e.V.
am 6. November 2003 in Gera**

An der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Situation des Handwerks hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr nichts geändert. Die deutsche Wirtschaft stagniert und bleibt Schlusslicht beim Wachstum in Europa.

Monat für Monat verkündet die Bundesanstalt für Arbeit alarmierende Arbeitslosenzahlen, die geplanten Reformen der Regierung verunsichern die Menschen, und statt Konsumfreude ist Angstsparen an der Tagesordnung. Dies ist die traurige Bilanz einer rot-grünen Politik.

Einzelne Weichenstellungen der Politik gehen zwar in die richtige Richtung, eine wirksame Trendwende hin zu Wachstum und Beschäftigung ist aber nur mit schnellen, mutigen und umfassenden Reformschritten zu erreichen. Diese sind jedoch nicht in Sicht, im Gegenteil: die bisherige Politik setzt ausgerechnet den Mittelstand unter Druck, also den Wirtschaftsbereich, der in Deutschland noch Steuern zahlt und ausbildet.

Mit der geplanten Novellierung der Handwerksordnung und dem damit verbundenen Kahlschlag bei den meistergeführten Handwerksberufen verspielt die Bundesregierung auch noch den letzten Rest von Vertrauen seitens des Handwerks und riskiert damit die Aushebelung eines wichtigen Garants für Dynamik und Stabilität.

Die geplante Aufweichung des Meisterbriefes als Befähigungsnachweis und der damit angestrebte erleichterte Marktzugang wird nicht die erhofften Impulse auf dem Gründungssektor bringen. Die Nachfrage nach Handwerksleistungen wird nicht dadurch größer, dass sich auch Gesellen selbstständig machen können. Es findet lediglich eine Umverteilung des vorhanden Auftragsbestandes statt. Deutschland braucht nicht weniger Meister, sondern mehr Arbeit. Eine Lockerung bzw. Abschaffung des Meisterbriefes würde neben erheblichen Qualitätsverlusten im Handwerk die ohnehin schon schwierige Marktsituation noch verschärfen und letztlich zu mehr Insolvenzen und somit zum Abbau von Arbeitsplätzen führen.

An dieser Stelle soll einmal deutlich gemacht werden, welchen Stellenwert der Leistungsträger Handwerk in der gesamtdeutschen Wirtschaft hat, den man nun seitens des Staates reglementieren will:

- In Deutschland gibt es rund 844.000 Handwerksbetriebe.
- Jedes vierte deutsche Unternehmen zählt zum Handwerk.
- Mit 94 Berufen und 57 handwerksähnlichen Gewerben gehört das Handwerk zum vielseitigsten Wirtschaftszweig.
- Im Handwerk finden über 5 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz.
- Handwerksbetriebe sind gerade in ländlichen Regionen ohne Industrie sehr häufig wichtigster Arbeitgeber vor Ort.
- Das Handwerk bildet mit über 580.000 Lehrlingen rund ein Drittel aller jungen Menschen aus. Dabei bildet das Handwerk nicht nur für den eigenen Bedarf aus, sondern auch andere Wirtschaftszweige, wie die Industrie, profitieren von gut ausgebildeten handwerklichen Fachkräften.
- Die Handwerksunternehmen erwirtschaften einen Umsatz von rund 485 Milliarden Euro pro Jahr.
- Handwerksbetriebe haben eine hohe Innovationskraft und nehmen eine wichtige Stellung bei der Umsetzung und Verbreitung des technischen Fortschritts ein.
- von 100 gegründeten Handwerksunternehmen bestehen drei Viertel auch nach vier bis fünf Jahren noch am Markt, während in der Gesamtwirtschaft im gleichen Zeitraum nur rund die Hälfte der Unternehmen überlebt.
- Im Handwerk werden alte Kulturtechniken bewahrt, ohne die z.B. Restaurierungsarbeiten und die Erhaltung des historischen Erbes in den Städten nicht möglich wären.

Anhand dieser beispielhaften Aufzählung wird die Bedeutung des Handwerks für die Wirtschaft Deutschlands sehr deutlich. Umso unverständlicher ist es, dass viele Forderungen und Wünsche des Handwerks ignoriert wurden und werden. Unsere Betriebe brauchen endlich konkrete politische Rahmenbedingungen und verlässliche Perspektiven. Dazu gehören insbesondere die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent, eine mittelstandswirksame Reduzierung der Steuerlast, der Abbau der ausufernden Bürokratie, eine Eindämmung der Schwarzarbeit sowie eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Das Thüringer Handwerk fordert mit diesem Positionspapier erneut nachhaltige und wirksame Reformen als Basis für wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung. Hierzu erwartet der Thüringer Handwerkstag e.V. auch weiterhin die Unterstützung seitens der Landesregierung durch eine zielgerichtete Einflussnahme auf die Bundespolitik.

Die im Thüringer Handwerkstag e.V. organisierten Kammern und Verbände haben zur Verbesserung der Situation der Handwerksunternehmen nachfolgend wesentliche Eckpunkte formuliert:

1. Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik

Arbeit muss in Deutschland wieder bezahlbar werden!

Die Gesamtsozialversicherungsbeiträge müssen auf unter 40 Prozent gesenkt werden.

Hierzu brauchen wir Reformen, die eine finanzierbare Grundsicherung gewährleisten bei gleichzeitiger Ergänzung durch den Aufbau einer individuellen Eigenversorgung.

Die finanzielle Situation unserer Handwerksbetriebe wird durch stetige Zunahme der Schwarzarbeit zusätzlich belastet. Hier sind dringend steuerliche Anreize für reguläre Arbeit notwendig.

Der Thüringer Handwerkstag e.V. fordert daher nach wie vor die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für lohnintensive Dienstleistungen sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen des Bau- und Ausbaugewerbes in Privathaushalten.

Mit der Reform der Gewerbesteuer ist die Abschaffung des bisherigen Staffeltarifes geplant. Diese Maßnahme wird insbesondere bei kleineren und mittleren Betrieben zu einer Mehrbelastung führen.

Die seitens der Bundesregierung ab 2004 geplante Einbeziehung von Veräußerungsgewinnen in die Gewerbesteuer werden vom Thüringer Handwerkstag e.V. abgelehnt. Mit dieser Maßnahme kürzt die Bundesregierung nicht nur unseren Handwerkern die Altersvorsorge, sie verteuert damit auch Betriebsübergaben.

Das diskutierte Vorziehen der Steuerreform wird vom Thüringer Handwerkstag e.V. grundsätzlich begrüßt, darf aber nicht als Vorwand dienen, um Bürger und Unternehmen mit zusätzlichen Abgaben zu belasten.

Zur Verbesserung der Liquidität der Handwerksunternehmen fordert das Handwerk die Umsatzsteuerabführung generell nach den vereinnahmten Entgelten.

Die seit 2002 eingeschränkte Investitionszulage ist wieder für alle Handwerksbetriebe zu öffnen.

Im Arbeits- und Sozialrecht sind insbesondere die Regelungen zum Kündigungsschutz konsequent zu verändern. Der Thüringer Handwerkstag e.V. fordert hierzu die Anhebung des Schwellenwertes auf mindestens 20 Beschäftigte.

Der Thüringer Handwerkstag e.V. begrüßt das neue Programm „Thüringen Kapital“.

Mit diesem Beteiligungsmodell, welches Finanzierungen ohne Einschalten der Hausbanken ermöglicht, ist die Thüringer Aufbaubank und letztlich die Landesregierung einer bereits seit vielen Jahren gestellten Forderung des Thüringer Handwerks nachgekommen.

2. Wirtschaftspolitik

Der von der Bundesregierung erhoffte Effekt von mehr Existenzgründungen lässt sich insbesondere aufgrund der schlechten Auftragslage nicht darstellen. Bestehenden Betrieben ist im Sinne der Bestandserhaltung mehr Unterstützung vor allem bei der Investitions- und Personalförderung zu geben.

Insbesondere das Handwerk leidet unter der massenhaften Schwarzarbeit, die die Entstehung zigtausender Arbeitsplätze verhindert. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung müssen mit schärferen Sanktionen und durch die gezielte Zusammenarbeit von Steuer-, Finanz-, Ordnungs- und Polizeibehörden energisch bekämpft werden. Positiv ist in diesem Zusammenhang die Absicht der Bundesregierung zu werten, dass Schwarzarbeit nicht mehr als Ordnungswidrigkeit sondern als Straftatbestand gelten soll.

Fast 2.200 Gesetze, über 3.100 Rechtsverordnungen und etwa 86.000 Einzelschriften gehören zum Bestand des Bundesrechts. Ständige Gesetzesänderungen verunsichern inländische Unternehmen und schrecken Investoren aus dem Ausland ab.

Das deutsche Steuerrecht ist das komplizierteste der Welt.

Anmeldungen, Anzeigen, Nachweis- und Abführungspflichten belasten zunehmend die kleinen und mittleren Unternehmen.

Ein gemeinsames Gutachten des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft und des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln hat ergeben, dass ein Kleinbetrieb 4.300 Euro pro Mitarbeiter für bürokratische Regulierungen des Staates aufbringen muss.

Der Thüringer Handwerkstag e.V. fordert umgehend einen Bürokratieabbau durch Reduzierung und Vereinfachung der bestehenden Gesetze, Verordnungen und Richtlinien.

Die speziell in Thüringen hierzu eingerichteten Clearingstellen werden ausdrücklich begrüßt.

Im Zusammenhang mit der Novellierung der Handwerksordnung und dem Kleinunternehmergesetz sind seitens des Bundes Maßnahmen geplant, die zu einer Schwächung der Handwerksorganisation führen. Dies betrifft insbesondere die geplanten Änderungen in der Beitragsveranlagung.

Die gestaffelten Beitragsbefreiungen innerhalb von vier Jahren für Existenzgründer haben erhebliche Beitragsausfälle zur Folge und sind vom Ansatz gegenüber den bestehenden Betrieben ungerecht. Gerade Existenzgründer nehmen beispielsweise Beratungsleistungen der Handwerksorganisation in besonderem Maße in Anspruch. Der Thüringer Handwerkstag e.V. fordert die Beibehaltung der bisherigen Regelungen unter der hoheitlichen Verantwortung der Handwerkskammern.

Die Förderung des organisationseigenen Beratungswesens, der Technologietransferstellen sowie der Qualifizierungskoordinatoren und Lehrstellenwerber im Handwerk ist weiterhin uneingeschränkt sicherzustellen.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Kommunen ist deren Finanzkraft zur Sicherung notwendiger Investitionen durch eine Reform der Gemeindefinanzen zu stärken. Gerade das Handwerk als örtlicher Auftragnehmer braucht die Aufträge der öffentlichen Hand.

Das Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen hat sich in der bestehenden Form nicht bewährt.

Der Thüringer Handwerkstag e.V. fordert daher mit Nachdruck, die von den Ländern Thüringen und Sachsen angeregten Änderungen in das Gesetz einzubringen.

3. Bildungspolitik

Der Meisterbrief ist unverzichtbarer Bestandteil der dualen Ausbildung im Handwerk.

Die von der Bundesregierung geplanten Änderungen würden zu einer gefährlichen Absenkung des Qualitätsniveaus von Produkten, Leistungen sowie Unternehmern führen.

Der Thüringer Handwerkstag e.V. fordert die uneingeschränkte Beibehaltung des „Großen Befähigungsnachweises“.

Die überbetriebliche Lehrunterweisung im Handwerk und die Förderung von Zusatz- und Ergänzungslehrgängen tragen erheblich zur Qualitätsverbesserung der betrieblichen Ausbildung bei. Die Förderung ist auf gleichem Niveau fortzusetzen.

Um leistungsschwächeren Schülern den Zugang zur dualen Ausbildung zu erleichtern, sind verstärkt Ausbildungsordnungen (ABO) mit Stufenausbildungen, wie bei den Bauberufen und jetzt auch bei der Ausbildungsordnung Maler/Lackierer, zu erlassen. Andererseits sind verstärkt variable Zusatzqualifikationen in den Ausbildungsordnungen vorzugeben, um Begabte weiter zu fördern und der Spezialisierung der Betriebe Rechnung zu tragen.

Eine Zentralisierung zur Regelung von Bildungsfragen ist unbedingt notwendig. Unterschiede von bis zu 1000 Stunden Unterrichtszeit innerhalb von 10 Schuljahren zwischen den Ländern sind unakzeptabel.

Die Umsetzung der erforderlichen Strategien und Maßnahmen im Ergebnis der Pisa-Studie geht nur schleppend voran. Die Einführung von Ganztagschulen allein wird das Problem nicht lösen, zumal auch hierfür konkrete Konzepte fehlen.

Mit 300 fehlenden Fachlehrern und 13 – 15 % Schulausfall in den Berufsschulen sieht das Thüringer Handwerk die Rolle der Schule als dualer Partner in der Berufsausbildung gefährdet.

Alle hier angesprochenen Themen stellen nur eine Auswahl der das Handwerk berührenden Probleme dar. Die Vertreter des Handwerks möchten mit diesem Positionspapier sehr deutlich auf die Situation im Handwerk aufmerksam machen und gleichzeitig den Dialog mit der Politik weiterführen. Ziel ist es hierbei, im Gespräch mit den politischen Verantwortungsträgern Lösungsansätze zu den aufgezeigten Problemen zu diskutieren und dringend notwendige Veränderungen einzuleiten.

Unser gemeinsames Ziel besteht in der Schaffung mittelstandsfreundlicher Rahmenbedingungen für die Zukunftssicherung des Thüringer Handwerks.